

treffend ein fortgesetztes Handeln des Angeklagten angenommen, da die dafür erforderlichen Voraussetzungen in vollem Umfang gegeben sind.

Quelle: „Neue Justiz“ 1959, S. 141.

„Kopffäger und Menschenhändler“¹

DOKUMENT 203

Urteil des Obersten Gerichts

vom 2. August 1961

— 1 Zst (I) 2/61 — gegen Adamo und andere —

Aus den G r ü n d e n :

Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges wurden der deutsche Faschismus zerschlagen und die Voraussetzungen für eine friedliebende und demokratische Entwicklung in ganz Deutschland geschaffen. Um diese Entwicklung zu verhindern, hintertrieb das internationale Monopolkapital, an der Spitze das USA-Monopolkapital mit seinem westdeutschen Juniorpartner, die Erfüllung des Potsdamer Abkommens. Da es ihnen dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion nicht möglich war, die demokratische Entwicklung in ganz Deutschland aufzuhalten, griffen sie zu dem Mittel der Spaltung Deutschlands. Sie verfolgten damit das Ziel, das Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik von seinen natürlichen wirtschaftlichen Basen der Grundstoffindustrie im Westen Deutschlands abzutrennen, um damit den ökonomischen Zusammenbruch unseres Staates herbeizuführen.

Bei gleichen ökonomischen Bedingungen wäre jeder bürgerliche Staat nach diesem schweren Schlag über kurz oder lang zusammengebrochen. Unter Führung der Arbeiterklasse unternahmen die Werktätigen heroische Anstrengungen und durchkreuzten mit Hilfe der Sowjetunion und des ganzen sozialistischen Lagers diesen gemeinen Anschlag auf die demokratische und friedliche Entwicklung. Heute ist die Deutsche Demokratische Republik die fünfstärkste Industriemacht in Europa. Die westdeutschen Imperialisten und Revanchepolitiker haben keine Lehren aus der Geschichte gezogen und versuchen mit allen Mitteln, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges, zu denen auch das Entstehen des ersten Arbeiter- und Bauern-Staates, der Friedensbasis in Deutschland, gehört, rückgängig zu machen. Zu diesem Zweck betreiben sie mit wachsender Intensität den kalten Krieg, den sie eines Tages in einen heißen, in einen atomaren Weltkrieg überzuleiten hoffen. Ein entscheidender Bestandteil der Führung des kalten Krieges ist — wie in diesem Prozeß nachgewiesen wurde — der organisierte Menschenhandel.

Die politische Ursache für die Verstärkung des Menschenhandels in der Gegenwart ist die Zielsetzung der extremsten militaristischen und revanchistischen Kreise Westdeutschlands, um in ganz Deutschland und im Ausland die positive Wirkung des Deutschen Friedensplanes der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik abzuschwächen, den Abschluß des Friedensvertrages und die Verwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Stadt zu verhindern und vor allem die immer sichtbarer werdende Stabilität der Deutschen Demokratischen Republik zu erschüttern und ihr wachsendes Ansehen im In- und Ausland zu diskriminieren.

Wie die Beweisaufnahme in diesem Verfahren ergeben hat, ist der Hauptträger des organisierten Menschenhandels der westdeutsche Staat mit seinen Dienststel-

len. Er tritt sowohl als aktiver Organisator auf, fördert aber auch gleichzeitig den Menschenhandel durch andere politische und wirtschaftliche Organisationen. Somit übt er im Interesse der Monopole und großen Wirtschaftsverbände die Funktion des Leiters und Koordinators des Menschenhandels in Deutschland aus. Dazu dient Westberlin, das auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik liegt, als Hauptumschlagplatz.

Die zentrale staatliche Leitung des organisierten Menschenhandels liegt in den Händen des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Ferner spielen der Bundesnachrichtendienst, das Ministerium für sogenannte Vertriebene und Flüchtlinge und andere Dienststellen eine maßgebliche Rolle. Auch Verbände, Organisationen und Interessengemeinschaften organisieren in großem Umfange den Menschenhandel, so z. B. der Mitteldeutsche Wirtschaftsring, der Hochschul-Arbeitsausschuß der Bundesausgleichsstelle, die westdeutsche Ärztekammer und andere. Eine besondere Aktivität entfalten die großen Konzerne, die vielfach sogenannte Pensionskassen als Lockmittel verwenden. Der IG-Farben-Konzern unterhält dazu eigens besondere Ausschüsse. Die imperialistische Presse und der Rundfunk leisten ihren Beitrag, um Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zur Aufgabe ihrer gesicherten Existenz gefügig zu machen und sie in die Fänge der Menschenhändler zu treiben.

Neben den westdeutschen Staatsorganen und sonstigen Einrichtungen und Organisationen organisieren und finanzieren sowohl die westdeutschen als auch die ausländischen imperialistischen Geheimdienste den Menschenhandel.

Die Bundesregierung hat mit dem sogenannten Notaufnahmeverfahren ein raffiniert ausgeklügeltes, lückenloses System geschaffen, das der Erfassung und Erpressung irreführender Bürger der Deutschen Demokratischen Republik dient. Das sogenannte Notaufnahmeverfahren erfaßt und hält jeden Bürger für Zeit seines Lebens in Westdeutschland fest, um ihn zur gegebenen Zeit zum willfähigen Werkzeug der Kriegsvorbereitung zu machen.

Der Menschenhandel ist ein Bestandteil des kalten Krieges. Er soll im Ergebnis dazu führen, die Deutsche Demokratische Republik politisch, wirtschaftlich, kulturell und moralisch zu schädigen, auszuhöhlen und für die geplante Einverleibung in den NATO-Staat sturmreif zu machen. Das internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik soll herabgesetzt werden.

Der Menschenhandel dient zugleich der Stärkung des politischen und ökonomischen Kriegspotentials der westdeutschen Militaristen und Imperialisten und der Vorbereitung des Bruderkrieges in Deutschland. Deshalb übt jeder Verrat an der Sache des Friedens und an seinem Vaterland, der die deutsche Demokratische Republik verläßt und sich in die Hände der Menschenhändler begibt. Er unterstützt — gewollt oder ungewollt — zwangsläufig die Kriegsvorbereitung der Bonner Militaristen. Die Menschenhändler bedienen sich schmutzigster Methoden; Drohung und Erpressung, psychischer und physischer Druck sind nur einige Mittel bei der Beseitigung noch vorhandenen Widerstandes. Sie beschaffen sich systematisch Angaben über berufliche, politische Tätigkeit und moralische Eigenschaften von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik und versenden Tausende von Lock- und Drohbriefen; sie erteilen ihren Agenten konkrete, auf Menschenfang gerichtete Aufträge und zahlen Kopfprämien für jeden Bürger, der dem Menschenhandel zugeführt wird. Sie benutzen vor allem den Aufenthalt in Westdeutschland und Westberlin, z. B. zu Verwandtenbesuchen, auf Tagungen,